

Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Juni 2013



Bundestagswahl 2013

Es sind Wahlzeiten – mal wieder versuchen die herrschenden Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP, ihre Aussagen weichzuspülen und sich ein soziales Image zu geben.

➤ Zum zehnten Jahrestag der „Agenda 2010“ forderte Ex-Kanzler Gerhard Schröder und einige Wirtschaftsvertreter eine Agenda 2020.

Mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück hat die SPD einen für sozialen Kahlschlag profilierten Politiker als Regierungschefanwärter in

den Wahlkampf gebracht, der nichts Gutes verheißt. Peer Steinbrück hat an herausgehobener Stelle an der Umsetzung der so genannten Hartz – Gesetze oder der Heraufsetzung des Rentenalters mitgearbeitet. Die SPD/Grüne-Koalition und die große Koalition von SPD und CDU tragen somit

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Das war der 1. Mai 2013

Kleine Nachlese zum 1. Mai

Gleich mehrere Demonstrationen zum 1. Mai und zahlreiche andere Veranstaltungen, das ist Berlin. Der DGB demonstrierte zum Brandenburger Tor und lies dort den Tag mit einem „Familienfest“ ausklingen. Leider wirkte dies sehr statisch.

Eine Rednerin auf der Bühne forderte daher – auch angesichts der Provokation von Neofaschisten in Schöneweide – mehr Flexibilität, um auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Interessant wurde es erst nach den Hauptrednern, als die kleineren Gewerkschaften oder einzelne Vertreter von Initiativen redeten. Zum Nachdenken sollte anregen, dass der DGB mit etwa 10.000 Teilnehmern an seinen Veranstaltungen etwas blass aussah gegenüber den knapp 20.000 Teilnehmern der abendlichen 18-Uhr-Demo. Inhaltlich lässt es sich so benennen: Morgens eine Demo für „Gute Arbeit“ und abends Demo gegen die Ursache schlechter Arbeitsbedingungen, den Kapitalismus.



Maggi ist im Himmel

Die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher, ist nicht mehr

Maggi hatte es nie leicht, als Frau in einer männerdominierten Welt den politischen Aufstieg zu vollziehen. Aber letztendlich schaffte sie es bis ganz nach Oben. 1979 wurde sie britische Premierministerin. Maggi hatte das Sagen. Maggi „reformierte“ das Schul- und Gesundheitswesen. Maggi legte die Gewerkschaften und somit die betriebliche und die politische Mitbestimmung des kleinen Mannes an die Kandare. Maggi drohte 1989 sogar Deutschland mit Krieg, falls es zur Vereinigung kommen sollte. Aber letztendlich gab sie doch klein bei und schickte keine Truppen, anders als im Falklandkonflikt oder später im Irak. Nachdem sie die britische Wirtschaft wieder auf Gewinnkurs gebracht und die Gewerkschaften quasi liquidiert hatte, zog sie sich aus der Politik zurück.

Welch ein Glück, dass Maggi nicht auf die staatliche Gesundheitsversorgung angewiesen war. Wolmöglich hätte sie eine viel raschere Himmelfahrt angetreten. Wohlmöglich wären ihre letzten irdischen Tage in einem staatlichen Krankenhaus längst nicht so entspannt, umsorgt und friedvoll verlaufen, wie im edlen Hotel Ritz

Auf den zahlreichen Feiern anlässlich des Ablebens der „Eisernen Lady“ skandierten ihre Opfer hin und wieder: „Fahr zur Hölle, Thatcher, für das, was du uns und unseren Familien angetan hast!“

➔ Fortsetzung von Seite 1

ebenso die Verantwortung für den Ruf Deutschlands als „Billiglohnland“, wie die derzeitige CDU/CSU/FDP-Regierung. Unter der Überschrift der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit soll es also weitergehen mit dem Sozialraub zugunsten der Profitmaximierung der Konzerne.

Reichtumskonzentration

In Deutschland häuft sich der Reichtum bei den Konzernen. Sie machen Milliardengewinne. Die Anzahl der Milliardäre liegt hierzulande bei über 100, die Zahl der Millionäre

Schuldenbremse werden Kommunen finanziell an die Wand gedrückt, im Öffentlichen Dienst wird gekürzt. Gleichzeitig reserviert die Regierung Milliarden für den Krisenschutz der Banken und Konzerne und verpulvert Geld in Kriegseinsätzen und Rüstungsprogramme.

Gegen CDUCSUFDPGRÜNESPD

Egal, welche Teile der Einheitspolitik der CDUCSUFDPGRÜNESPD die künftige Regierung bilden, es wird bei diesen Varianten darum gehen, den weiteren Kahlschlag zu verhindern. Denn die Weltwirtschaft ist



bei 800.000! Diesem Reichtum steht bittere Armut auf der anderen Seite gegenüber. Offiziell gibt es 3,14 Mio. Arbeitslose, hinzukommen diejenigen, die aus der Statistik verschwinden, so z.B. die über 58jährigen, die so genannten 1-Euro-Jobber, diejenigen die sich in Warteschleifen befinden. Trotz unbesetzter Ausbildungsplätze fehlen 300.000 Ausbildungsplätze. Jeder vierte Beschäftigte ist Niedriglöhner. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse nehmen stetig zu, immer mehr Menschen sind in Leiharbeitsverhältnissen oder erhalten nur Zeitverträge. Die Regierung und die herrschenden Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP sind diejenigen, die die stattfindende Umverteilung ausführen. Mit Hilfe der

weiterhin in unruhigem Fahrwasser, die so genannte Eurokrise ist – auch aufgrund der Politik der deutschen Regierung – längst nicht ausgestanden und die Forderungen der Konzerne bspw. nach längeren Arbeitszeiten, höherem Renteneintrittsalter oder der Lockerung des Kündigungsschutzes liegen auf dem Tisch.

Um wieder eine Politik für sozialen und demokratischen Fortschritt durchzusetzen, um wirkliche soziale Reformen zu verwirklichen, brauchen wir eine breite kämpferische außerparlamentarische Bewegung, eine Bewegung, die auch bereit ist, die Systemfrage zu stellen, denn die Probleme sind nicht unter dem Credo der Profitmaximierung zu lösen.



Wer hat hier keine Ahnung?

Charite-Arbeitgeber verweigern Tarifvertrag

Die Forderung der Mitarbeiter nach einem Tarifvertrag, der eine Mindestbesetzung auf den Stationen und in den Bereichen regelt und dem Schutz der Gesundheit der Mitarbeiter und der Patienten dient, wird durch die Arbeitgeberseite abgeschmettert und sabotiert.

Den Kollegen und der Gewerkschaft wird unterstellt, von Betriebswirtschaft keine Ahnung zu haben und von Personalplanung nichts zu verstehen. Ein gesundes Unternehmen stütze sich auf wirtschaftliche Stabilität und bediene sich hierbei der Mittel der unternehmerischen Freiheit. Nur so könne das Unternehmen gewinnbringend agieren und dem harten Wettbewerb auf dem Markt standhalten.

Wer hat hier keine Ahnung?

Bei der Gesundheitsversorgung geht es um Menschen, die betreut und medizinisch behandelt werden. Die diese Behandlung und Betreuung durchführen, sind ebenfalls Menschen und keine Kostenfaktoren. Jedes Ignorieren dieser einfachen Tatsache ist kriminell und menschenverachtend.

Eine vernünftige Personalbemessung nicht durchzuführen, die Gesundheit der Patienten und des Personals nicht zu schützen, ist Körperverletzung. „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit ... ; für 100

Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ (Karl Marx)

Stationen zu schließen, weil diese personell nicht mehr bedient werden können, hat zur Folge, dass Patienten nicht mehr aufgenommen und behandelt werden können. Die Anordnung von Überstunden, der Einsatz von Azubis und von ungenügend qualifizierten Hilfskräften, Stations-Hopping von Leiharbeitskräften dienen keiner professionellen Krankenpflege, sondern sind allemal nur dazu geeignet, den Betrieb gerade mal so aufrecht zu erhalten - im Interesse des Profits.

In der Vision eines privaten Dienstleisters der Charite, der CFM, heißt es: „Dreh- und Angelpunkt der Unternehmenskultur der Dussmann Group sind die Menschen. Unternehmensziele können nur dann erreicht werden, wenn sich motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihnen identifizieren können und bereit sind, sich für sie einzusetzen.“ (Peter Dussmann) Wo bleibt die Motivation; wo die Menschlichkeit im Unternehmen? Sie wissen sehr wohl, was sie tun. Sie wissen, wie man noch mehr Profit mit der gesundheitlichen Notlage der Menschen machen kann und wie man sich vor der sozialen Verantwortung für seine Angestellten drückt.



Der Mord an unseren Schwestern

Textilketten tragen die Verantwortung

Als die Textilarbeiterin Marion Baur am Internationalen Frauentag 2013 aus Irland nach Berlin reiste, um vor der Charite rote Nelken an die Beschäftigten zu verteilen und am Abend bei der DKP-Veranstaltung zu sprechen, sorgte dies für einigen Wirbel in der Presse. Ihre Ausführungen zur katastrophalen Lage der Textilarbeiter - besonders der Frauen und ganz besonders der in Bangladesch - lesen sich heute fast wie eine Prophezeiung noch schlimmerer Vorkommnisse: Am 24. April stürzte eine weitere Fabrik in Dhaka wie ein Kartenhaus in sich zusammen, weit über 1000 Arbeiter - wie immer der allergrößte Teil davon Frauen fanden den Tod. Marion Baur - auf ihre kleine Weberei in Nordirland war kurz zuvor höchstwahrscheinlich von Neofaschisten ein Brandanschlag verübt worden, stand jetzt der DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“ dazu Rede und Antwort.

Im Interview widerlegt sie den in deutschen Medien verbreiteten Unsinn, dass „Einzeltäter“ an der Katastrophe schuld seien und benennt die wahren Schuldigen: Die deutschen und englischen Textilketten, in deren Auftrag

➔ *Fortsetzung auf Seite 4*

» Fortsetzung von Seite 3

die Arbeiterinnen für erbärmlichen Lohn und ohne jede Arbeitssicherheit Textilien in großen Mengen anfertigen. „Bei Euch heißen sie KiK, C&A, Nike oder Benneton, bei uns in Irland Primark, Marks&Spencer oder GAP. Das ganze Pack mit all seinen Labels und Zwischenhändlern verdient sich am Elend der Textilarbeiterinnen in Bangladesch goldene Nasen...“ Auf die Frage, warum die Zustände in Bangladesch noch schlimmer seien, als in anderen Billigländern, weißt Marion Baur auf das Verbot jeglicher Gewerkschaftstätigkeit in den sogenannten Sonderwirtschaftszonen, also dort, wo die 4. 500 Textilfabriken liegen, hin: „Das Fehlen der Gewerkschaften gerade in den Gebieten, wo sie gebraucht würden, hat zu einer Lohnentwicklung bzw. Nichtentwicklung geführt, die Bangladesch zum besonders üppig sprudelnden Profitquell macht. Der Stundenlohn für eine Textilarbeiterin beträgt 17 Cent, in Vietnam verdient eine Arbeiterin für die gleiche Arbeit 29 Cent, in China 1 Euro. Erbärmliche Löhne und kein Arbeitsschutz – das ist die grausame Wahrheit. Dies sind keine Unglücke – das ist brutaler Mord an unseren Schwestern...“

Das vollständige Interview ist auf www.unsere-zeit.de nachzulesen.



Kontakt & Impressum:

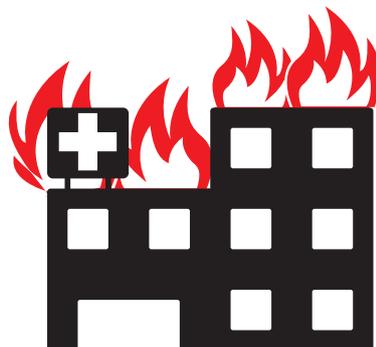
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Katastrophengebiet Krankenhaus

Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern aus Sicht der Beschäftigten

» verdi hat eine Sonderauswertung des DGB-Indexes „Gute Arbeit“ für die Krankenhaus-Beschäftigten erstellen lassen. Sie belegt, dass eines der größten Probleme die Arbeitsintensität ist.

Wäre nicht der Zusammenhalt der Kolleg/innen, die Arbeit wäre kaum auszuhalten. Die Krankenhäuser fahren ihr Personal auf Verschleiß. Die Hälfte der Beschäftigten glaubt nicht, dass sie bis zur Rente durchhalten können. Die Ausbildungsqualität nimmt ab. „In den Wirtschafts- und Versorgungsdiensten leiden die Kolleg/innen unter starker Verunsicherung über ihre Situation“, so ein Zitat aus dem Vorwort dieser Broschüre. Nur vier Prozent der Beschäftigten bezeichnen ihre Arbeit insgesamt als gut, 37 Prozent als mittelmäßig und 59 Prozent beklagen schlechte Arbeit. Nehmen wir zum Vergleich die Selbstdarstellung der CFM auf ihrer Homepage: „Die Charité CFM Facility Management GmbH integriert 2.000 Mitarbeiter aus 42 Nationen zu einem starken Team. Ihre Leistungspalette reicht von A wie Außenanlagenpflege bis Z wie Zentralsterilisation. Mit der Qualität und der effizienten Organisation ihrer Arbeit stellt die CFM ihre Zukunftsfähigkeit täglich erfolgreich unter Beweis. Zielstellung der Ausgründung dieser Leistungspalette aus der Charité war vor allem die Kostensenkung.“

Dieses Ziel erfüllt die Geschäftsführung der CFM, davon zeugt auch die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Wolfgang Albers (LINKE) an den Senat, auf die Frage Nr. 3: „Wie und auf welcher Grundlage bewerten der Senat und der Vorstand der Charité die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der bisher von der CFM für die Charité erbrachten Dienstleistungen?“ Antwort: „Durch die Gründung der CFM konnte in den ersten sechs Jahren ein dreistelliger Millionenbetrag durch die Charité gespart werden ...“

Wie diese Kostensenkung durchgesetzt wird, davon können die Beschäftigten ein Lied singen. Der Schrittmacher berichtet regelmäßig darüber, wie Betriebsräte im größten Universitätsklinikum Europas bei ihrer Arbeit behindert werden; wie sie ihre Rechte vor Gericht einklagen müssen. Charité und CFM-Geschäftsführung interessiert es nicht, dass die Arbeitsgerichte bisher den Kolleginnen und Kollegen stets Recht geben mussten. Ihrer Öffentlichkeitsarbeit gelingt es immer noch, sich in der Fachwelt als innovatives, zukunftsorientiertes Unternehmen darzustellen, nach dem Motto „Was kümmert es die stolze deutsche Eiche, wenn ...“ gibt es noch immer keinen Tarifvertrag! Letztlich werden die Beschäftigten nur das erreichen, was sie sich erkämpfen.